

Kiel, 10.11.2005

**Landtag  
aktuell**

**Es gilt das gesprochene Wort!  
Sperrfrist: Redebeginn**

*TOP 14 – Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Zusammenarbeit in Europa-, Ostsee- und internationalen Angelegenheiten (Drucksache 16/348)*

**Hans Müller:**

## **Starke norddeutsche Lobby ist wichtig in der globalisierten Welt**

Die SPD-Fraktion begrüßt die Zusammenarbeit von Hamburg und Schleswig-Holstein in Europa-, Ostsee- und internationalen Angelegenheiten. Die SPD-Fraktion wird daher dem Staatsvertrag ausdrücklich zustimmen. Wir haben **mit dem gemeinsam betriebenen Hanse-Office in Brüssel bereits gute Erfahrungen gemacht**. Bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in unserer Brüsseler „Botschaft“ bedanken wir uns bei dieser Gelegenheit für ihre gute Arbeit. Denn diese Arbeitsergebnisse waren sicher *ein* weiterer argumentativer Baustein für die Ausgestaltung dieses Vertrages.

Wir begrüßen die künftige Zusammenarbeit zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein in einem weiteren gemeinsamen Büro in St. Petersburg. Wir wünschen uns solche Formen der **Zusammenarbeit auch in der alten Hansestadt Danzig**. Darüber hinaus begrüßen wir das Angebot an die anderen norddeutschen Länder, sich an einer gemeinsamen Ostsee- und Europapolitik zu beteiligen.

In einem Europa, in dem einerseits die Nationalstaaten an Bedeutung verlieren, andererseits aber, speziell im Ostseeraum, Staaten dazu kommen, die ausdrücklich ihre Souveränität leben, wird der besondere Spannungsbogen deutlich, in dem Politik be-

sonders im Ostseeraum stattfindet. Vor diesem Hintergrund wird das neue Büro tätig. Vielleicht gelingt es auch, neben einer weiteren intensiveren Zusammenarbeit im Ostseeraum die zu einer **nutzbringenden Nordseekooperation** zu kommen.

Eine **starke norddeutsche Lobby** ist von großer Bedeutung im Hinblick auf zukünftige Entwicklungen in einer globalisierten Welt. Wohlgemerkt: Hamburg und Schleswig-Holstein gestalten Regionalpolitik in der EU weiter, in diesem Fall auch über die EU-Grenzen hinaus. St. Petersburg ist eine Boomtown und eine der größten Städte in Russland und die größte Stadt in der Ostseeregion.

Mit dem Staatsvertrag ist ein regelmäßiger Informationsaustausch zwischen den Landesregierungen fest geschrieben. Das ist sinnvoll und erforderlich. Als Abgeordneter dieses Parlaments fordere ich aber auch, dass die Informationen zukünftig rechtzeitig und umfassend an den Landtag gegeben werden. Ich möchte das Zitat unseres Ministerpräsidenten nicht wiederholen, nachdem Herr Kollege Wadephul das bereits getan hat. Das Parlaments-Informations-Gesetz ist in Vorbereitung, das diese Angelegenheiten in Zukunft regeln wird. Es geht dabei um das Recht des Gesetzgebers, in seinen Angelegenheiten zu entscheiden und die Regierung zu kontrollieren und zu beraten. Die Zusammenführung der Kompetenzen von Parlament und Regierung zur rechten Zeit kann nur qualitätssteigernd sein.

In diesem Zusammenhang möchte ich mich dafür aussprechen, dass **die Mitglieder der Hamburger Bürgerschaft in unsere Parlamentpartnerschaften einbezogen werden**. Ein guter Türöffner war die gemeinsame Sitzung der Europaausschüsse von Hamburg und Schleswig-Holstein im Rathaus der Freien und Hansestadt Hamburg vor einer Woche.

Abschließend sei bemerkt, dass wir sozialdemokratischen Europapolitiker aus Norddeutschland uns seit fünf Jahren regelmäßig in unserem Nord-Forum zusammenfin-

den, um unsere Ideen, unsere Vorhaben zu besprechen, zu planen, zu koordinieren und zu realisieren. Vielleicht ist das ein Beispiel für eine bessere Zusammenarbeit unter den norddeutschen Parlamenten.